



RWE AG
Abteilung Recht/Organangelegenheiten Konzern
Opernplatz 1
45128 Essen

Postfach 13 03 35
50497 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 – 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de
www.kritischeaktionaere.de

per Telefax: 0201 – 1215743 (insges. 5 Seiten) / per Email: hv2007.gegengantraege@rwe.com

Z.Hd.v. Herrn Dr. Thomas R. Fischer, Vorsitzende des Aufsichtsrats
Z.Hd.v. Herrn Harry Roels, Vorsitzender des Vorstands

Köln, 03. April 2007

Gegenantrag zur Hauptversammlung der RWE AG 2007

Sehr geehrter Herr Dr. Fischer, sehr geehrter Herr Roels,

zur Hauptversammlung der RWE AG am 18.04.2007 stellt der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre einen Gegenantrag. Bitte veröffentlichen Sie diesen auf der Website der RWE AG.

Ein Nachweis der Aktionärserschaft des Dachverbands geht Ihnen per Fax zu.

Für Rückfragen erreichen Sie mich unter der Telefon-Nummer 0221/599-5647 oder per Email unter dachverband@kritischeaktionaere.de.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Dufner
Geschäftsführer des Dachverbands
der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Anlage: Gegenanträge
Nachweis Aktionärserschaft



Postfach 13 03 35
50497 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 – 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de
www.kritischeaktionaere.de

Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der RWE Aktiengesellschaft am 18. April 2007

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3 / Counter Motion re agenda item 3

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert.

Approval of the acts of the Executive Board for fiscal 2006 is denied.

Begründung / Reasons

1.

Wir beantragen, den Vorstand wegen unverantwortlicher Atom- und Klimapolitik nicht zu entlasten.

RWE hat mit dem Antrag auf Laufzeitverlängerung für Biblis A klar den Atomkonsens aufgekündigt, den der Konzern im Jahr 2000 mitverhandelt hat. Denn Biblis A steht im Atomgesetz nicht in der Liste der Anlagen, auf die das Strom-Kontingent von Mülheim-Kärlich übertragen werden darf. Gerade mit Blick auf die gesetzlich vereinbarte Stilllegung von Biblis A wurde RWE die Errichtung einer seit 1989 verlangten verbunkerten Notwarte erlassen. Die jetzt beantragte Laufzeitverlängerung sieht den Weiterbetrieb ohne Notwarte vor. Damit soll ein altes Atomkraftwerk gegen den Atomkonsens weiter betrieben und Milliardengewinne ohne Rücksicht auf Gefahren für die Umwelt und Bevölkerung erwirtschaftet werden.

Darüber hinaus ist RWE über seine Beteiligung an Urenco am Export von radioaktivem Abfall beteiligt. Die Urenco hat in den letzten zehn Jahren mehr als 20.000 Tonnen abgereichertes Uran nach Russland zur Endlagerung geliefert, statt den Uranmüll an den eigenen Standorten zu verwerten oder endzulagern. Offiziell finden die Transporte unter dem Deckmantel der Wiederanreicherung statt, doch in Wirklichkeit bleiben mehr als 90 Prozent des gelieferten Urans als Abfall auf der offenen Wiese der russischen Atomkombinate liegen und gefährden die Bevölkerung.

Das vorgegebene Interesse von RWE am Klimaschutz beschränkt sich auf die Argumentation für längere Laufzeiten der abgeschriebenen Atomkraftwerke. Tatsächlich geht es dem Konzern dabei um Zusatzgewinne von durchschnittlich 300 Millionen Euro pro Jahr und Kraftwerksblock. Wie wenig Wert der Konzern real auf Klimaschutz legt, zeigt sich an seinen Stein- und Braunkohlekraftwerken. Allein die vier RWE-Braunkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen - Frimmersdorf, Neurath, Niederaußem und Weisweiler – emittieren neben Feinstaub und Quecksilber rund 90 Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr – so viel wie ganz Neuseeland. Dass es sich dabei keineswegs um ein Erbe der Vergangenheit handelt, dem nun bessere Einsicht folgt, zeigt das Projekt Neurath: mit dem Bau dieses Braunkohlekraftwerks begann RWE im August 2006. Nach seiner Fertigstellung wird das Kraftwerk über 30 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen und damit erheblich zum Klimawandel beitragen.

2.

In “Planet Water,” a publication of RWE’s water supply company Thames Water, the Executive Board proclaimed: “It is essential to involve all stakeholders to ensure that water resources are developed and managed appropriately and with broad public support. A common forum should be created for all stakeholders to participate in, so they can voice their concerns, hopes and suggestions about relevant decisions and future services.”

Neither RWE, Thames Water, American Water nor any of their regional subsidiaries have followed this model to date, despite concerns raised by shareholders and customers since the 2006 AGM and earlier. The Executive Board has done little to improve RWE’s standing with customers and shareholders in the matter of the water division in fiscal 2006.

Having already sold Thames Water to a private equity firm, RWE hopes to sell American Water later this year. However, it will be difficult for RWE shareholders to earn a good profit from the sale of American Water if customers in the United States continue to complain publicly of poor service and mismanagement.

For example, under the management of RWE, customers in the town of Felton, California have complained of poor service and unjustifiably high rates. Residents of Felton offered California American Water a fair market value offer of \$7.6 million to purchase the local water system, but our company refuses to negotiate. Instead, RWE and American Water are content to spend millions of dollars on legal and political battles. By refusing to negotiate with a willing buyer, California American Water has garnered negative attention for RWE, American Water, and its shareholders.

As long as the RWE Executive Board refuses to negotiate with the affected communities and local authorities on the subject of buying back their drinking water networks, the Board has no moral right to expect its acts to be approved.